



2018/0243(COD)

17.12.2018

ÄNDERUNGSANTRÄGE

381 - 386

Entwurf eines Berichts

Pier Antonio Panzeri, Cristian Dan Preda, Frank Engel, Charles Goerens
(PE627.790v01-00)

zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit

Vorschlag für eine Verordnung
(COM(2018)0460 – C8-0275/2018 – 2018/0243(COD))

Änderungsantrag 381
Sabine Lösing, Lola Sánchez Caldentey

Vorschlag für eine Verordnung

—

Vorschlag zur Ablehnung

***Das Europäische Parlament lehnt den
Vorschlag der Kommission ab.***

Or. en

Begründung

Die Zusammenführung der bestehenden externen Instrumente wird weder zu mehr Effizienz und Effektivität führen noch die Transparenz und die parlamentarische Kontrolle verbessern. Im Gegenteil bedeutet die Zusammenführung zu einem Instrument die Unterordnung aller Instrumente und EU-Politikbereiche, einschließlich der Entwicklungshilfe, unter die sicherheitspolitischen-, geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der EU. Zudem wird die Umschichtung ziviler Mittel in Richtung Militärausgaben fortgesetzt. Eine verstärkte demokratische parlamentarische Kontrolle wird durch den vorliegenden Vorschlag nicht erreicht.

Änderungsantrag 382
Judith Sargentini, Michel Reimon

Vorschlag für eine Verordnung

—

Vorschlag zur Ablehnung

***Das Europäische Parlament lehnt den
Vorschlag der Kommission ab.***

Or. en

Änderungsantrag 383
Judith Sargentini, Michel Reimon

Entwurf einer legislativen EntschlieÙung
Ziffer 2

Entwurf einer legislativen EntschlieÙung

2. fordert die Kommission auf, ***es erneut zu befassen, falls sie*** ihren Vorschlag ***ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;***

Geänderter Text

2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag ***zurückzuziehen;***

Or. en

Änderungsantrag 384
Judith Sargentini, Michel Reimon

Entwurf einer legislativen EntschlieÙung
Ziffer 2 a (neu)

—

Entwurf einer legislativen EntschlieÙung

Geänderter Text

2a. ersucht die Kommission, so bald wie möglich einen neuen Vorschlag für eine Verordnung vorzulegen, der den Forderungen des Parlaments gemäß seiner EntschlieÙung vom 14.März 2018^{1a} entspricht.

^{1a} ***Angenommene Texte,***
P8_TA(2018)0075.

Or. en

Änderungsantrag 385
Judith Sargentini, Michel Reimon

**Entwurf einer legislativen Entschließung
Ziffer 2 b (neu)**

Entwurf einer legislativen Entschließung

Geänderter Text

**2b. billigt die Erklärung des Parlaments,
die dieser Entschließung beigelegt ist;**

**zur Information wird nachfolgend der
Wortlaut der Erklärung wiedergegeben:**

**Das Europäische Parlament bedauert,
dass seiner Entschließung vom 14. März
2018^{1a}, in der gefordert wurde, dass die
gesonderten Instrumente für
Heranführungshilfe,
Nachbarschaftspolitik, Entwicklung und
humanitäre Hilfe beibehalten werden, von
der Kommission nicht berücksichtigt
wurde.**

**^{1a} Angenommene Texte,
P8_TA(2018)0075.**

Or. en

**Änderungsantrag 386
Judith Sargentini, Michel Reimon**

**Vorschlag für eine Verordnung
Erwägung 4 a (neu)**

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

**(4a) Der in dieser Verordnung genannte
politische Rahmen für das auswärtige
Handeln der Union sollte unter anderem
Folgendes umfassen: den strategischen
Rahmen und den Aktionsplan für
Menschenrechte und Demokratie der EU,**

den Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik, die Aktionsagenda von Addis Abeba, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Klimaschutzübereinkommen, die Neue Städteagenda, die im Rahmen der Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit vereinbarten Grundsätze einer wirkungsvollen Entwicklungszusammenarbeit (GPEDC), die anlässlich des Hochrangigen Forums zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit 2011 in Busan vereinbart und auf der hochrangigen Tagung in Nairobi 2016 aktualisiert wurden, die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, das Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, den Umfassenden Ansatz der EU für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit durch die EU, den EU-Aktionsplan für die Gleichstellung 2016–2020: Gleichstellung von Frauen und Männern und Befähigung von Frauen zu aktiver Mitgestaltung in der Entwicklung, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das EU-Gesamtkonzept für externe Konflikte und Krisen, das Programm von Göteborg zur Verhütung gewaltsamer Konflikte, das Konzept zur Stärkung der Vermittlungs- und Dialogfähigkeiten der EU, der EU-weite Strategierahmen zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors (SSR), die EU-Strategie gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) sowie dazugehörige Munition, das Konzept der Europäischen Union zur Unterstützung von Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung (DD&R), die

Grundsätze des Maastricht-Vertrags über extraterritoriale Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, die Flüchtlingskonvention, den globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration, der am 10. Dezember 2018 in Marrakesch angenommen wurde, den globalen Pakt für Flüchtlinge, die Ergebnisse der Aktionsplattform von Beijing und des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD), den Fahrplan der UNCTAD für tragfähige Mechanismen zur Umwandlung von Staatsschulden (Roadmap towards Sustainable Sovereign Debt Workouts – April 2015), und die Leitprinzipien für Auslandsschulden und Menschenrechte des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Or. en